

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

19. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

HaFA (Stadt)

33. Sitzung

18.08.2017

Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt)

33. Sitzung
am 18.08.2017

im Haus der Bürgerschaft, Raum 2

Anwesend:

Abg. Frau Aulepp (SPD), Mitglied
Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU), Mitglied
Abg. Frau Dehne (SPD), Mitglied
Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender
Abg. Herr Fecker (Bündnis 90/Die Grünen), Mitglied
Abg. Herr Gottschalk (SPD), Mitglied
Abg. Herr Hinners (CDU), Mitglied
Abg. Herr Liess (SPD), stellvertretender Vorsitzender
Abg. Herr Rupp (DIE LINKE), Mitglied
Abg. Frau Steiner (FDP), Mitglied
Abg. Frau Yildiz (SPD), Mitglied

außerdem sind anwesend:

| | | |
|--------------------|---|--------------------------------|
| Staatsrat Strehl |) | |
| Herr Sommer |) | |
| Herr Fehren |) | |
| Herr Meyer |) | |
| Frau Dr. Saebetzki |) | von der Senatorin für Finanzen |
| Herr Schneider |) | |
| Frau Dr. Hellmeyer |) | |
| Frau Kreitz |) | |
| Frau Oberdörfer |) | |
| Frau Dr. Figura |) | |
| Herr Knoop |) | |
| Frau Schüttrumpf |) | |
| Frau Bleiker |) | |
| Frau Kral |) | |
| Herr Kratky |) | |
| Frau Sokol |) | Präsidentin des Rechnungshofs |
| Herr Meyer-Stender |) | vom Rechnungshof der Freien |
| Frau Dr. Otten |) | Hansestadt Bremen |
| Herr Sommer |) | von der Senatskanzlei |

| | | |
|--------------------|---|--|
| Herr Schütte-Thuy | | von der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz |
| Herr Lockfeldt | | vom Senator für Justiz und Verfassung |
| Frau Odenkirchen |) | |
| Herr Oeljeschläger |) | vom Senator für Inneres |
| Frau Bartelt |) | |
| Frau Dr. Reiners |) | vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen |
| Frau Nanninga | | vom Senator für Bau, Umwelt und Verkehr |
| Herr Hartwig | | vom Gesamtpersonalrat Bremen |
| Frau Tanja Meyer | | von Immobilien Bremen |
| Staatsrat Fries |) | |
| Frau Kreuzer |) | von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport |
| Frau Gebler | | von der Bürgerinitiative Pro Unibad |
| Herr Müller | | von der Bremer Straßenbahn AG |
| Frau Mußmann | | Mitarbeiterin der Fraktion der CDU |
| Herr Löffler | | von der Bürgerschaftskanzlei als Ausschussreferent |

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die Sitzung um 15.45 Uhr.

Öffentlicher Teil

I. Protokoll

1. Protokoll der 31. Sitzung vom 9. Juni 2017

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das Protokoll der 31. Sitzung vom 9. Juni 2017.

2. Protokoll der 32. (Sonder-)Sitzung vom 15. Juni 2017

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das Protokoll der 32. (Sonder-) Sitzung vom 15. Juni 2017.

II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

1. Überweisungen aus dem Plenum

1.1 Umsetzung und Kosten des Bremer Bäderkonzeptes

Antrag der Fraktion der FDP vom 9. Februar 2017

- Vorlage Drs. 19/463 S -

- Dieser Antrag ist federführend an die städtische Deputation für Sport und mitberatend an dem städtischen Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen worden.

Dazu: Bericht der städtischen Deputation

Frau Gebler von der Bürgerinitiative Pro Unibad kritisiert die Vorlage vom 10. August 2017 und weist darauf hin, dass es sich bei den angegebenen Sanierungskosten für das Uni-Bad lediglich um eine Schätzung handele und dieser Betrag durch eine entsprechend angepasste Sanierung deutlich reduziert werden könne. Soweit von Seiten des Senates die Höhe der Betriebskosten des Uni-Bades als Argument für eine vermeintliche Unwirtschaftlichkeit herangezogen werde, hebt sie hervor, dass die genaue Höhe der Betriebskosten für das Uni-Bad völlig unklar sei. Auch auf mehrfache Nachfrage der Bürgerinitiative habe der Senat keine genauen Angaben zu den Betriebskosten des Uni-Bades gemacht. Des Weiteren bittet Sie zu beachten, dass eine aktuelle Kostenschätzung nunmehr davon ausgehe, dass die Kosten für den Neubau bei mindestens 19,5 Million € liegen und damit der Neubau teurer sei, als eine Sanierung des Uni-Bades mit einem geschätzten Sanierungsbetrag von 18,4 Millionen €.

Staatsrat Fries erwidert, auf der Grundlage des bekannten Bäderkonzeptes seien der Neubau auf dem Standort des Freibades Horn und eine Sanierung des Westbades die insgesamt wirtschaftlichste Variante. Daran ändern auch aktuelle Kostenschätzungen auf der Grundlage der Entwurfsplanung nichts. Insbesondere dürfe nicht übersehen werden, dass mit dem Neubau auch erhebliche energetische Vorteile entstehen, die insbesondere zu einer

Reduzierung der Betriebskosten führen werden. Richtig sei allerdings, dass es keine aktuellen tatsächlichen Verbrauchsangaben zu den Betriebskosten des Uni-Bades gebe. Das Uni-Bad verfüge nicht über separate Messeinrichtungen für den Energieverbrauch, sondern werde zusammen mit der Universität erfasst. Die tatsächlichen Betriebskosten des Uni-Bades können deshalb nur geschätzt werden. Auch sei mit dem Neubau, der zusammen mit dem neuen Freibad betrieben werde, geringere Personalkosten und Effizienzen im Rahmen des Betriebes zu erwarten, als dies bei zwei getrennten Standorten der Fall wäre. Zu der Kostenschätzung für die Sanierung des Uni-Bades hebt er hervor, dass diese bereits vor einiger Zeit erfolgt und nicht weiter fortgeschrieben worden sei. Dies gelte insbesondere für nicht berücksichtigte zwischenzeitlich eingetretene Baukostensteigerungen und den besonderen Kostenrisiken bei einem „Bauen im Bestand“.

Abg. Herr Eckhoff regt an, diesen Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung auszusetzen und in der Septembersitzung erneut aufzurufen.

Abg. Herr Rupp möchte wissen, wer die Experten sind, die eine Sanierung des Uni-Bades aus wirtschaftlichen Gründen ausgeschlossen haben.

Staatsrat Fries erklärt, er werde diese Fragestellung in schriftlicher Form als Anlage zum Protokoll (**Anlage 1**) beantworten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes bis zur Septembersitzung aus.

2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt)

2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II. 2.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage mit Stand der Sitzung vom 18. August 2017 -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 2.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Auftragsliste zur Kenntnis und bittet die Fraktionen und die Gruppe zur nächsten Sitzung mitzuteilen, welche Berichte bereits zu den Haushaltsberatungen 2018/2019 vorgelegt werden sollen.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 2.1, bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Senatorin für

Finanzen, die Ressorts auf die Erledigung der noch ausstehenden, aber bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

**2.2 Fristverlängerung für Berichtsbitten
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II. 2.2 der Tagesordnung für die Sitzung des
staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/410 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 2.2, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt den beantragten Fristverlängerungen zu.

3. Sonstiges

**3.1. Haushaltsberatungen 2018/2019
Berichterstatterbenennung und Verfahrensordnung für die Haushaltsberatungen
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II. 3.1 der Tagesordnung für die Sitzung des
staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage: Übersicht über die Berichterstatter und Entwurf einer Verfahrensordnung
für die Haushaltsberatungen -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 3.1, beschließt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Übersicht über die Berichterstatter für die Haushaltsberatungen 2018/2019 mit der Maßgabe, dass der Produktplan Umwelt, Bau und Verkehr zwischen der Abg. Frau Aulepp (Umwelt) und dem Abg. Herrn Liess (Bau und Verkehr) aufgeteilt wird und eine Berichterstattung zum Produktplan Wirtschaft durch die Abg. Frau Steiner erfolgt.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 3.1, beschließt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Verfahrensordnung für die als Haushaltsberatungen 2018/2019 und kommt darin überein, die Haushaltsberatungen am 16. und 17. November 2017, beginnend ab jeweils 9:30 Uhr bis ca. 18 Uhr (am 17. November 2017 ggf. „open end“) durchzuführen. Dann noch offene Punkte können in der regulären Sitzung der Haushalts- und Finanzausschüsse am 1. Dezember 2017 beraten werden.

III. Initiativen des Senats

1. Gesetze/Ortsgesetze, Steuern etc.

1.1 Neuordnung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand - 3. Zwischenbericht (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 1.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage 19/411 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 1.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den 3. Zwischenbericht der Senatorin für Finanzen zur Neuordnung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand zur Kenntnis.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 1.1, bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Senatorin für Finanzen, über die vermutlichen finanziellen Auswirkungen der Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand zu berichten, soweit belastbare Zahlen vorhanden sind.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 1.1, bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Senatorin für Finanzen, den 4. Zwischenbericht zu Sitzung am im Februar 2018 vorzulegen.

1.2 Verordnung zur Änderung der Gesundheits-Kostenverordnung (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 1.3 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage 19/425 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 1.3, setzt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

2. (Controlling-) Berichte

2.1 Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt 2016 (Stand: 13. Monat 2016) (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage 19/412 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Abschlussbericht

Produktgruppenhaushalt 2016 (Stand: 13. Monat 2016) zur Kenntnis.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht zu den Ergebnissen der Verwarnungs- und Bußgelder im Rahmen des Konzeptes zur Optimierung der Verkehrsüberwachung, der dem Abschlussbericht beigefügt ist (Anlage 2), zur Kenntnis.

**2.2 Controllingbericht Januar – April 2017
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.2 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/413 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.2, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar - April 2017 zur Kenntnis.

**2.3 Umbau der Verwaltung und Infrastruktur
Bericht über den Umsetzungsstand des ressortübergreifenden
Projekts zur Bündelung der Personalsachbearbeitung
hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 18 der Auftragsliste
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.3 der Tagesordnung für
die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/414 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.3, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den vorliegenden Bericht zum Umsetzungsstand des integrierten Personalservice bei Performa Nord zur Kenntnis. Er bittet die Senatorin für Finanzen zukünftig im Rahmen der Berichterstattung des Programms „Zukunftsorientierte Verwaltung“ (Vorhaben 6.5) über die Bündelung der Personalsachbearbeitung zu berichten.

**2.4 Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes 1. Kapitel
(KInvFG I) im Land Bremen
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.4 der Tagesordnung für
die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/415 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.4, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes im Land Bremen zur Kenntnis.

2.5 Auflösung und Neuordnung des Stadtamtes
hier: Abschlussbericht zur Neustrukturierung – Berichtsbitte lfd. Nr.
84 der Auftragsliste
- Vorlage 19/416 S -

Abg. Herr Hinners merkt an, dass die finanziellen Auswirkungen dieser Neustrukturierung noch nicht vollständig absehbar und mit der Neuordnung weitere finanzielle Risiken für die zukünftigen Haushaltsjahre verbunden seien.

Abg. Herr Eckhoff ergänzt, aus seiner Sicht hätten die Probleme des alten Stadtamtes auch ohne dessen Zerschlagung gelöst werden können. Insbesondere wäre es auch möglich gewesen, bereits dem alten Stadtamt mehr Personal zuzuführen.

Abg. Herr Fecker erwidert, aus seiner Sicht habe es auch strukturelle Probleme im Stadtamt gegeben, die nur durch eine Veränderung der gesamten Organisationsstruktur gelöst werden konnten.

Herr Hartwig erklärt, der Gesamtpersonalrat begrüße die vollzogene Neuordnung des Stadtamtes. Diese sei auf dem Weg zu einer bürgerfreundlichen dienstleistungsorientierten Verwaltung notwendig gewesen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den vorgelegten Abschlussbericht zur Kenntnis und beschließt die Streichung der lfd. Nr. 84 der Auftragsliste.

3. Angelegenheiten der Beteiligungsgesellschaften

3.4 Erfolgsgefährdende Mehraufwendungen des Sondervermögens Kommunale Abfallentsorgung (SVAbfall)
- Vorlage 19/417 S -

Abg. Herr Fecker möchte wissen, warum vorliegend ein Berater benötigt werde, wenn doch ohnehin bereits ein externer Dienstleister mit der Aufgabenwahrnehmung beauftragt werden soll.

Abg. Herr Gottschalk möchte wissen, ob es sich beim Umbau der IT-Struktur um „Sowieso-Kosten“ handelt, die auch ohne die beabsichtigte Teilrekommunalisierung entstanden wären.

Abg. Herr Dr. vom Bruch weist auf die bislang gut funktionierende heterogene Struktur der Recyclinghöfe und die Besorgnis der Beiräte hin, diese Struktur im Rahmen der Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft zu zerschlagen.

Frau Nanninga antwortet, die Überführung der IT Struktur des Umweltbetriebes auf die AöR sei extrem komplex. In der Verwaltung sei das für die Transformation notwendige Know-how nicht vorhanden, so dass auf den Sachverstand eines Beraters zurückgegriffen werden müsse.

Die **Abg. Herren Fecker und Gottschalk** bitten zu Novembersitzung um einen Bericht der eine genaue Aufgaben- und Kostenbeschreibung des Projektberaters enthält und darstellt, warum man sich in der Sache entschieden habe, die IT-Struktur an Dataport auszulagern.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und FDP gemäß § 18 Abs. 3 BremSVG den erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen des Sondervermögens Abfall bis zur Höhe von 1,5 Mio. € zu.

4. Angelegenheiten der Eigengesellschaften, Eigenbetriebe, sonstige Sondervermögen und Museumsstiftungen, allgemeine Vermögensangelegenheiten

4.1 PGR 68.01.02 Öffentliche Verkehrswege Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung bei der Hst. 3687/884 10-7 - Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/Verkehr (ASV) in Höhe von 1,085 Mio. € - Vorlage 19/418 S -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.085.000 € zu Lasten 2018 (911.222 €) und 2019 (173.778 €) bei Hst. 3687/884 10-7 Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/Verkehr (ASV) zu.

4.2 Produktgruppe: 97.99.02 Sondervermögen Immobilien und Technik(S) Nachbewilligung von 500 Tsd. € an Hast.: 3988/884 19-6 SVIT, Modernisierung der Inhouse-Verkabelung - passive Netzwerke - - Vorlage 19/419 S -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und FDP der beantragten Nachbewilligung i.H.v. 500.000 € bei der Haushaltsstelle 3988/884 19-6 zu. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei der Haushaltsstelle 3950/812 08-6 in entsprechender Höhe.

6. Angelegenheiten der Eigenbetriebe, Museumsstiftungen und der Anstalten des öffentlichen Rechts

6.1 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2016 des Sondervermögens Immobilien und Technik (Stadt)

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stellt einstimmig den Jahresabschluss 2016 mit einem Gewinn in Höhe von 7.068.059,17 € fest und stimmt der Verwendung zur Bildung eines Gewinnvortrages zu. Das SVIT (Stadt) weist damit per 31.12.2016 einen Bilanzgewinn von insgesamt 18.442.205,20 € aus.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) erteilt der Geschäftsführerin der Immobilien Bremen AöR, Frau Susanne Kirchmann, als Geschäftsbesorgerin des Sondervermögens einstimmig die Entlastung für das Geschäftsjahr 2016.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig dem Ausgleich des liquiditätswirksamen Teils des Verlustvortrages im Landesvermögen in Höhe von 53.224,70 € zu und ermächtigt die Finanzverwaltung, den erforderlichen Land/Stadt-Ausgleich unter Deckung durch Mehreinnahmen bei der Hst. 3987/214 14-6, Gewinnabführung vom Sondervermögen Immobilien und Technik, vorzunehmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Veröffentlichung des Berichts über den Jahresabschluss 2016 des Sondervermögens Immobilien und Technik (Stadt) im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen gem. § 33 BremSVG zu.

(Ende des öffentlichen Teils um 16.30 Uhr)

gez. Jens Eckhoff
Vorsitzender